

## **LESEFASSUNG**

### **Hauptsatzung der Gemeinde Dobbin-Linstow**

#### **Präambel**

Auf der Grundlage des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Mai 2024 (GVOBl. M-V S. 270) wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom 10. September 2024 nachfolgende 5. Änderung der Hauptsatzung erlassen:

#### **§ 1 Name, Dienstsiegel**

- (1) Die Gemeinde führt den Namen Dobbin-Linstow und ein Dienstsiegel. Die Gemeinde ist eine amtsangehörige Gemeinde des Amtes Krakow am See.
- (2) Das Dienstsiegel zeigt das Wappenbild des Landesteils Mecklenburg, einem hersehenden Stierkopf mit abgerissenem Halsfell und Krone und der Umschrift: GEMEINDE DOBBIN-LINSTOW. Die Führung des Dienstsiegels ist dem/der Bürgermeister/in vorbehalten.

#### **§ 2 Ortsteile, Ortsteilvertretungen**

- (1) Zur Gemeinde Dobbin-Linstow gehören die Ortsteile
- Bornkrug
  - Dobbin
  - Glave
  - Groß Bäbelin
  - Hinrichshof
  - Klein Bäbelin
  - Linstow
  - Neu Dobbin
  - Zietlitz.

- (2) Es werden keine Ortsteilvertretungen gebildet.

#### **§ 3 Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner**

- (1) Der/die Bürgermeister/in unterrichtet die Einwohnerinnen und Einwohner über allgemein bedeutsame Angelegenheiten der Gemeinde. Zu diesem Zweck sollen Einwohnerversammlungen abgehalten sowie andere geeignete Formen einer bürgernahen kommunalen Öffentlichkeitsarbeit angewendet werden. Eine Einwohnerversammlung ist durchzuführen, wenn Einwohnerinnen und Einwohner dies in einer allgemein bedeutsamen Angelegenheit der Gemeinde beantragt haben, es sei denn, dass innerhalb des letzten Jahres bereits eine Einwohnerversammlung zu der gleichen Angelegenheit durchgeführt wurde. Für den Antrag gelten die Voraussetzungen nach § 18 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 KV M-V.
- (2) Anregungen und Vorschläge der Einwohnerversammlung in Selbstverwaltungsangelegenheiten, die in der Gemeindevertretersitzung behandelt werden müssen, sollen dieser in einer angemessenen Frist zur Beratung vorgelegt werden.

(3) Bei wichtigen Planungen und Vorhaben, die von der Gemeinde oder auf ihrem Gebiet von einem Zweckverband durchgeführt werden, sollen die Einwohnerinnen und Einwohner möglichst frühzeitig über die Grundlagen, Ziele und Auswirkungen - wenn nicht anders - in einer Einwohnerversammlung oder durch Information im Bekanntmachungsblatt oder im Rahmen der Fragestunde unterrichtet werden.

Soweit Planungen bedeutsame Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen betreffen, sind die beabsichtigte Finanzierung und die möglichen Folgen des Vorhabens für die Steuern, Beiträge und Hebesätze der Gemeinde darzustellen. Den Einwohnerinnen und Einwohnern ist Gelegenheit zur Äußerung auch im Rahmen der Fragestunde zu geben.

(4) Die Einwohnerinnen und Einwohner erhalten die Möglichkeit, in einer Fragestunde vor Beginn des öffentlichen Teils der Gemeindevertretersitzung Fragen an alle Mitglieder der Gemeindevertretung sowie den/die Bürgermeister/in zu stellen und Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten. Für die Fragestunde ist eine Zeit bis zu 30 Minuten vorzusehen.

(5) Der Bürgermeister/in ist verpflichtet, im öffentlichen Teil der Sitzung der Gemeindevertretung über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde zu berichten.

#### **§ 4 Gemeindevertretung**

(1) Die Gemeindevertretersitzungen sind öffentlich.

(2) Anfragen von Gemeindevertretern sollen spätestens fünf Arbeitstage vorher bei dem/der Bürgermeister/in eingereicht werden. Mündliche Anfragen während der Gemeindevertretersitzung sollen, sofern sie nicht in der Sitzung selbst beantwortet werden, spätestens innerhalb von vierzehn Tagen schriftlich beantwortet werden.

(3) Die Öffentlichkeit ist grundsätzlich in folgenden Fällen ausgeschlossen:

1. einzelne Personalangelegenheiten außer Wahlen und Abberufungen,
2. Steuer- und Abgabeangelegenheiten Einzelner,
3. Grundstücksangelegenheiten.

Sollten keine überwiegenden Belange des öffentlichen Wohls oder berechnete Interessen Einzelner betroffen sein, sind auch die Angelegenheiten der Ziffern 1-3 in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

#### **§ 5 Ausschüsse**

(1) Folgende Ausschüsse werden gemäß §§ 35, 36 KV M-V gebildet:

##### **Haupt- und Finanzausschuss**

Für Entscheidungen über das Einvernehmen bei Personalentscheidungen nach § 39 Abs. 2 Satz 4 KV M-V, Finanz- und Haushaltswesen, Steuern, Gebühren, Beiträge und sonstige Abgaben sowie für die Entscheidungen über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen im Sinne von § 44 Abs. 4 KV M-V von 100,00 bis 1.000,00 EUR. Der Haupt- und Finanzausschuss entscheidet über die Einleitung und Ausgestaltung von Vergabeverfahren, soweit es sich nicht um eine Angelegenheit der laufenden Verwaltung handelt unterhalb der EU-Schwellenwerte.

Dem Hauptausschuss gehören neben dem/der Bürgermeister/in vier weitere Mitglieder der Gemeindevertretung an.

##### **Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Bau, Verkehr, Wirtschaft und Umwelt**

für die Beratung zur Flächennutzungsplanung, Bauleitplanung, Wirtschaftsförderung, Hoch-, Tief- und Straßenbauangelegenheiten, Denkmalpflege, Probleme der Kleingartenanlagen, Umwelt- und Naturschutz und Landschaftspflege.

Der Ausschuss setzt sich aus drei Gemeindevertretern und zwei sachkundigen Einwohnerinnen oder Einwohnern zusammen.

##### **Ausschuss für Soziales, Schule, Jugend, Kultur und Sport**

Für die Beratung zur Betreuung der Schul- und Kultureinrichtungen, Kulturförderung und Sportentwicklung, Jugendförderung, Kindertagesstätten, Sozialwesen und Fremdenverkehr. Dieser Ausschuss setzt sich aus drei Gemeindevertretern und zwei sachkundigen Einwohnerinnen oder Einwohnern zusammen.

(2) Die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses sowie der weiteren Ausschüsse sind grundsätzlich nicht öffentlich. § 4 Abs. 3 ist gleichfalls anzuwenden.

(3) Gemäß § 36 (2) S. 5 der KV M-V wird ein Rechnungsprüfungsausschuss gebildet.

Der Rechnungsprüfungsausschuss besteht aus drei Gemeindevertretern.

(4) Es werden Stellvertreter für die Ausschussvorsitzenden bestimmt; für die übrigen Mitglieder der Ausschüsse werden keine Stellvertreter bestimmt.

## **§ 6 Bürgermeister/in / Stellvertreter/in**

(1) Der/die Bürgermeister/in trifft gemäß § 39 KV M-V Entscheidungen unterhalb der folgenden Wertgrenzen:

1. über Verträge, die auf einmalige Leistungen von 500,00 EUR gerichtet sind sowie bei wiederkehrenden Leistungen von 250,00 EUR pro Monat;
2. über überplanmäßige Ausgaben von 10 Prozent der betreffenden Haushaltsstelle, jedoch nicht mehr als 250,00 EUR sowie bei außerplanmäßigen Ausgaben von 500,00 EUR je Ausgabenfall;
3. bei Veräußerungen oder Belastung von Grundstücken von 500,00 EUR, bei Hingabe von Darlehen, die innerhalb eines Haushaltsjahres zurückgezahlt werden, von 10.000,00 EUR sowie bei Aufnahme von Krediten im Rahmen des Haushaltsplanes von 50.000,00 EUR.
4. über Vergaben von
  - 4.1. freiberuflichen Leistungen bis 40.000,00 EUR,
  - 4.2. Liefer- und Dienstleistungen bis 50.000,00 EUR,
  - 4.3. Bauleistungen bis 100.000,00 EUR.

(2) Die Gemeindevertretung ist laufend über die Entscheidungen des/der Bürgermeisters/in zu unterrichten.

(3) Verpflichtungserklärungen der Gemeinde bis zu einer Wertgrenze von 750,00 EUR bzw. von 250,00 EUR bei wiederkehrenden Verpflichtungen können von dem/der Bürgermeister/in allein bzw. durch eine/n von ihr/ihm beauftragten Bediensteten des Amtes in einfacher Schriftform ausgefertigt werden. Bei Erklärungen gegenüber einem Gericht liegt diese Wertgrenze bei 2.500,00 EUR.

(4) Der/die Bürgermeister/in entscheidet über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen oder ähnliche Zuwendungen bis 100,00 EUR.

(5) Der/die Bürgermeister/in entscheidet über Vorkaufsrechtsverzicht und gemeindliches Einvernehmen gemäß § 36 Baugesetzbuch (BauGB) für Bauanträge (§§ 33, 34, 35 BauGB), sofern nachfolgend nichts anderes bestimmt ist. In den Fällen

1. eines Bauvorhabens mit besonderer gemeindlicher Bedeutung (wie z.B. Bauvorhaben, die ein Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz oder die zur Beurteilung der Raumverträglichkeit ein Raumordnungsverfahren durchlaufen bzw. bei denen eine Umweltverträglichkeitsstudie durchgeführt werden muss) oder
  2. von Bauvorhaben, die eine beabsichtigte gemeindliche Bauleitplanung berühren,
- obliegt es weiterhin der Gemeindevertretung, über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens gemäß § 36 BauGB zu entscheiden.

## **§ 7 Entschädigungen**

(1) Der/die Bürgermeister/in erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 840,00 brutto. Im Krankheitsfall wird diese Entschädigung 6 Wochen weiter gezahlt. Eine Weiterzahlung erfolgt auch bei urlaubsbedingter Abwesenheit, soweit die zu vertretenden Zeiten nicht über 3 Monate hinausgehen.

(2) Die erste stellvertretende Person der ehrenamtlichen Bürgermeisterin oder des ehrenamtlichen Bürgermeisters erhält monatlich 20 Prozent (168,00 EUR) der funktionsbezogenen Aufwandsentschädigung der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters. Die zweite stellvertretende Person der ehrenamtlichen Bürgermeisterin oder des ehrenamtlichen Bürgermeisters erhält monatlich 10 Prozent (84,00 EUR) der funktionsbezogenen Aufwandsentschädigung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters. Sollte bei Verhinderung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters ein konkretes Dienstgeschäft vorgenommen werden, erhalten diese Personen für die Stellvertretung 1/30 der Bürgermeisterentschädigung nach Abs. 1, wenn es sich nicht um eine Sitzung handelt. Nach drei Monaten Vertretung erhält die stellvertretende Person die volle Aufwandsentschädigung nach Abs. 1. Damit entfallen Aufwandsentschädigungen für die Stellvertretung. Amtiert eine stellvertretende Person, weil der/die gewählte Bürgermeister/in ausgeschieden ist, steht ihr oder ihm die Aufwandsentschädigung nach Abs. 1 zu.

(3) Die Mitglieder der Gemeindevertretung erhalten für Sitzungen der Gemeindevertretungen, ihrer Ausschüsse und der Fraktionen ein Sitzungsgeld von 40,00 EUR.

(4) Die sachkundigen Einwohner/innen erhalten für die Teilnahme an Sitzungen des Ausschusses, in den sie gewählt worden sind und der Fraktion, die sich mit der Sitzungsvorbereitung dieser Ausschusssitzungen befasst hat, ein Sitzungsgeld von 40,00 EUR.

(5) Ausschussvorsitzende erhalten für jede von ihnen geleitete Ausschusssitzung ein Sitzungsgeld von 60,00 EUR.

(6) Pro Tag darf nur ein Sitzungsgeld gewährt werden.

## **§ 8 Öffentliche Bekanntmachungen**

(1) Satzungen sowie sonstige öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinde, soweit es sich nicht um solche nach Baugesetzbuch (BauGB) oder Flurbereinigungsgesetz handelt, werden im Internet auf der Homepage des Amtes Krakow am See unter der Adresse [www.amt-krakow-am-see.de](http://www.amt-krakow-am-see.de) öffentlich bekannt gemacht. Auf der Homepage des Amtes Krakow am See unter der Adresse [www.amt-krakow-am-see.de](http://www.amt-krakow-am-see.de) sind die Satzungen über den Button „Satzungen“ und die sonstigen öffentlichen Bekanntmachungen über den Button „Öffentliche Bekanntmachung“ zu erreichen. Die Bekanntmachung ist nach Ablauf des ersten Tages bewirkt, an dem die Bekanntmachung im Internet verfügbar ist.

Unter der Anschrift Amt Krakow am See, Markt 2, 18292 Krakow am See kann sich Jedermann Satzungen der Gemeinde Dobbin-Linstow kostenpflichtig zusenden lassen. Entsprechende Textfassungen werden zur Mitnahme während der Öffnungszeiten im Sitzungsdienst des Amtes Krakow am See, Markt 2, bereitgehalten. Dies gilt auch für außer Kraft getretene Satzungen.

Satzungen sowie sonstige öffentliche Bekanntmachungen aufgrund von Vorschriften des BauGB oder des Flurbereinigungsgesetzes erfolgen durch Abdruck im amtlichen Bekanntmachungsblatt des Amtes Krakow am See, dem „Krakower Seen-Kurier“. Das amtliche Bekanntmachungsblatt des Amtes Krakow am See erscheint monatlich, es wird in alle Haushalte der Gemeinde geliefert. Das amtliche Bekanntmachungsblatt kann einzeln bzw. im Abonnement in der Amtsverwaltung in 18292 Krakow am See, Markt 2, bezogen werden. Der Bezug im Abonnement kann nach formloser Beantragung beim Amt Krakow am See, Markt 2 in 18292 Krakow am See gegen Erstattung der Versandkosten vereinbart werden. Die Bekanntmachung und Verkündung ist bewirkt mit Ablauf des Erscheinungstages des Krakower Seen-Kuriers.

(2) Vereinfachte Bekanntmachungen erfolgen durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln bzw. durch Auslegung in der Amtsverwaltung/im Rathaus. Absatz 4 Satz 3 ist gleichfalls anzuwenden. Die Bekanntmachungstafeln der Gemeinde befinden sich:

- in Bornkrug - an der Alten Post
- in Linstow - Ecke Krakower Chaussee/Kiether Straße

- in Neu Dobbin - Höhe Christinhorst
- in Dobbin - an der Freiwilligen Feuerwehr
- in Dobbin - an der Bushaltestelle
- in Glave – vor dem Haus der Familie R. Finger
- in Zietlitz – an der Bushaltestelle
- in Groß Bäbelin – vor dem Gebäude Dorfstraße.

(3) Die Dauer des Aushangs beträgt 14 Tage (Aushangfrist), wobei der Tag des Anschlags und der Tag der Abnahme nicht mitgerechnet werden. Die Bekanntmachung ist mit Ablauf des letzten Tages der Aushangfrist bewirkt. Für öffentliche Bekanntmachungen nach § 29 Abs. 6 KV M-V ist die in der Geschäftsordnung festgelegte Frist maßgebend.

(4) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.

(5) Ist die öffentliche Bekanntmachung einer ortsrechtlichen Bestimmung in üblicher Form infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so ist diese durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln zu veröffentlichen.

(6) Einladungen zu den Sitzungen der Gemeindevertretung und ihrer Ausschüsse sind nachrichtlich unter [www.amt-krakow-am-see.de](http://www.amt-krakow-am-see.de) einzusehen.

(7) Die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Gemeindevertreter Sitzungen sind ebenso unter [www.amt-krakow-am-see.de](http://www.amt-krakow-am-see.de) einzusehen.

## § 9 Inkrafttreten

(1) Diese Hauptsatzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 10. Juni 2015 außer Kraft.

### **Hauptsatzung der Gemeinde Dobbin-Linstow vom 20.08.2019, gültig ab 27.08.2019**

gez. Wilfried Baldermann

Bürgermeister

Hiermit wird die o.g. Satzung öffentlich bekannt gemacht. Soweit beim Erlass dieser Satzung gegen Verfahrens- und Formvorschriften verstoßen wurde, können diese Verstöße entsprechend § 5 Abs. 5 KV M-V nur innerhalb eines Jahres schriftlich, unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache aus der sich der Verstoß ergibt, gegenüber dem Amt Krakow am See, Markt 2, 18292 Krakow am See geltend gemacht werden. Die Frist gilt nicht für die Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- und Bekanntmachungsvorschriften. Die Satzung wurde dem Landrat des Landkreises Rostock als untere Rechtsaufsichtsbehörde mit Schreiben vom 11.07.2019 (und erneut am 14.08.2019) angezeigt.

Krakow am See, den 14.08.2019

im Auftrag gez. Lommack/Amt Krakow am See

### **Die 1. Änderung der Hauptsatzung vom 19.12.2019 tritt am 01.09.2019 in Kraft**

gez. Baldermann

Bürgermeister

Hiermit wird die o.g. Satzung öffentlich bekannt gemacht. Soweit beim Erlass dieser Satzung gegen Verfahrens- und Formvorschriften verstoßen wurde, können diese Verstöße entsprechend § 5 Abs. 5 KV M-V nur innerhalb eines Jahres schriftlich, unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache aus der sich der Verstoß ergibt, gegenüber dem Amt Krakow am See, Markt 2, 18292 Krakow am See geltend gemacht werden. Die Frist gilt nicht für die Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- und Bekanntmachungsvorschriften. Die Satzung wurde dem Landrat des Landkreises Rostock als untere Rechtsaufsichtsbehörde mit Schreiben vom 12.12.2019 angezeigt.

Krakow am See, den 12.12.2019, gez. i.A. Lommack/Amt Krakow am See

### **Die 2. Änderung der Hauptsatzung vom 11.02.2020 tritt rückwirkend zum 01.01.2020 in Kraft**

gez. Baldermann

Bürgermeister

Hiermit wird die o.g. Satzung öffentlich bekannt gemacht. Soweit beim Erlass dieser Satzung gegen Verfahrens- und Formvorschriften verstoßen wurde, können diese Verstöße entsprechend § 5 Abs. 5 KV M-V nur innerhalb eines Jahres schriftlich, unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache aus der sich der Verstoß ergibt, gegenüber dem Amt Krakow am See, Markt 2, 18292 Krakow am See geltend gemacht werden. Die Frist gilt nicht für die Verletzung von Anzeige-

, Genehmigungs- und Bekanntmachungsvorschriften. Die Satzung wurde dem Landrat des Landkreises Rostock als untere Rechtsaufsichtsbehörde angezeigt.

Krakow am See, den 10.02.2020, gez. i.A. Lommack/Amt Krakow am See

**Die 3. Änderung der Hauptsatzung vom 06.10.2020 tritt rückwirkend zum 01.01.2020 in Kraft**

gez. Baldermann

Bürgermeister

Hiermit wird die o.g. Satzung öffentlich bekannt gemacht. Soweit beim Erlass dieser Satzung gegen Verfahrens- und Formvorschriften verstoßen wurde, können diese Verstöße entsprechend § 5 Abs. 5 KV M-V nur innerhalb eines Jahres schriftlich, unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache aus der sich der Verstoß ergibt, gegenüber dem Amt Krakow am See, Markt 2, 18292 Krakow am See geltend gemacht werden. Die Frist gilt nicht für die Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- und Bekanntmachungsvorschriften. Die Satzung wurde dem Landrat des Landkreises Rostock als untere Rechtsaufsichtsbehörde mit Schreiben vom 05.10.2020 angezeigt.

Krakow am See, den 05.10.2020, gez. i.A. Lommack/Amt Krakow am See

**Die 4. Änderung der Hauptsatzung vom 02. Juli 2024 tritt am 02. Juli 2024 in Kraft**

gez. Ober-Sundermeier

Bürgermeister

Hiermit wird die o.g. Satzung öffentlich bekannt gemacht. Soweit beim Erlass dieser Satzung gegen Verfahrens- und Formvorschriften verstoßen wurde, können diese Verstöße entsprechend § 5 Abs. 5 KV M-V nur innerhalb eines Jahres schriftlich, unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache aus der sich der Verstoß ergibt, gegenüber dem Amt Krakow am See, Markt 2, 18292 Krakow am See geltend gemacht werden. Die Frist gilt nicht für die Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- und Bekanntmachungsvorschriften. Die Satzung wurde dem Landrat des Landkreises Rostock als untere Rechtsaufsichtsbehörde mit e-mail vom 30.08.2024 angezeigt.

Krakow am See, den 11.09.2024, gez. i.A. Ihde/Amt Krakow am See

**Die 5. Änderung der Hauptsatzung vom 10. September 2024 tritt am 10. September 2024 in Kraft**

gez. Ober-Sundermeier

Bürgermeister

Hiermit wird die o.g. Satzung öffentlich bekannt gemacht. Soweit beim Erlass dieser Satzung gegen Verfahrens- und Formvorschriften verstoßen wurde, können diese Verstöße entsprechend § 5 Abs. 5 KV M-V nur innerhalb eines Jahres schriftlich, unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache aus der sich der Verstoß ergibt, gegenüber dem Amt Krakow am See, Markt 2, 18292 Krakow am See geltend gemacht werden. Die Frist gilt nicht für die Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- und Bekanntmachungsvorschriften. Die Satzung wurde dem Landrat des Landkreises Rostock als untere Rechtsaufsichtsbehörde mit e-mail vom 18.09.2024 angezeigt.

Krakow am See, den 19.09.2024, gez. i.A. Ihde/Amt Krakow am See